



Grafik: Adobe Stock

... ohne Waffen

Die Friedensforscherin Véronique Dudouet hält zivilen Widerstand für effektiver als militärisches Eingreifen. Wie könnte das aussehen?

Interview Jost Maurin

Das am Wochenende: Frau Dudouet, im Kiewer Vorort Butscha und anderswo haben russische Soldaten Zivilisten massakriert. Sie sagen, ziviler Widerstand ist effektiver als militärischer. Ist das nicht naiv?

Véronique Dudouet: Ich kann gut nachvollziehen, warum das naiv erscheint. Unsere Forschung zeigt aber eindeutig, dass friedlicher Widerstand selbst gegen die skrupellosen und repressiven Regime erfolgreich sein kann. Ich würde sogar so weit gehen und sagen, dass eine nachhaltige Lösung von Konflikten niemals militärisch sein kann – darum braucht es zivile Alternativen.

Mit welchen friedlichen Mitteln könnte sich die Ukraine denn Ihrer Meinung nach wehren?

Das können zum Beispiel Massendemonstrationen sein, wie wir sie schon in einigen von den Russen eingenommenen Städten gesehen haben. Dort haben die Menschen gezeigt, dass die Invasionen nicht willkommen sind. Diese Methoden haben wahrscheinlich die Moral der russischen Soldaten gesenkt. Es gab auch einige eher symbolische, aber sehr wirkungsvolle Formen des Widerstands wie das Austauschen von Straßenschildern und die Verwendung von Verkehrsschildern, um die einmarschierende Armee zu beleidigen oder abzulenken. Eine weitere effiziente Taktik war mehrmals, dass ukrainische Zivilisten mit Menschenketten russische Panzer stoppten. Das stärkt auch die Entschlossenheit des ukrainischen Volks. Der Boykott russischer Waren ist ebenfalls ein Beispiel dafür. So wird die Besetzung auch viel teurer.

Es ist schwer vorstellbar, dass das die russische Armee aufhalten würde.

Ich glaube nicht, dass der zivile Widerstand, wie er jetzt organisiert ist, allein den Krieg oder die Besetzung beenden wird, aber er kann das Regime des Besetzers dazu bringen, sich mit ihnen an einen Tisch zu setzen und einen Kompromiss zu finden. Dafür müsste die Regierung leistungsfähige Systeme der friedlichen Verteidigung entwickeln. In den baltischen Staaten etwa gibt es offizielle Doktrinen zur gewaltlosen Verteidigung. Diese Methoden erfordern eine Menge Vorbereitung und Schulung der Be-

völkerung, damit sie die Prinzipien versteht, die dahinter stehen: beispielsweise, dass das Töten feindlicher Soldaten den Krieg nicht beendet, sondern ihre Kameraden vom Deserrieren abhalten kann.

Gift es Belege dafür, dass so ein ziviler Widerstand eine militärische Invasion wirklich aufhalten kann?

Die Friedensforscherinnen Erica Chenoweth und Maria Stephan haben alle gewaltfreien Bewegungen für Demokratie, Selbstbestimmung und gegen Besatzung seit 1900 untersucht. Sie kamen zu dem Schluss, dass die Erfolgsschancen bei gewaltfreiem Widerstand 50 Prozent höher waren als bei bewaffnetem. Die Wissenschaftlerinnen erkärrten das damit, dass gewaltfreie Verteidigung viel mehr Menschen mobilisieren kann und wirkungsvoll Dissen innerhalb der gegnerischen Sicherheitskräfte verursachen kann. In Palästina zum Beispiel hat die erste Intifada in den späten Achtzigerjahren zum Osloer Friedensprozess ab 1993 geführt – aufgrund der gewaltfreien Mittel, die Palästinenser gegen die israelische Be-

gründet, spielten aber keine große Rolle bei dem Aufstand.

Aber war die Intifada tatsächlich erfolgreich? Der Gazastreifen und das Westjordanland sind bis heute besetzt.

Das stimmt. Aber ohne die Intifada hätte es den Friedensprozess in Oslo und die Einrichtung der Palästinensischen Autonomiebehörde nicht gegeben. Dem palästinensischen Volk ist es durch die Intifada gelungen, von Israel als Verhandlungspartner anerkannt zu werden. So etwas wird auch die Ukraine brauchen.

Als Mitte März drei osteuropäische Regierungschefs mit der Bahn Kiew besuchten, soll die Stadt nicht so intensiv beschossen werden sein.

Das ist ein wirklich gutes Beispiel. In vielen Bürgerkriegen etwa begleiteten internationale Teams gewaltfreie Demonstranten. Das bietet eine gewisse Form des Schutzes, denn niemand würde diese wichtigen internationalen Vertreter töten. Ihre Präsenz könnte auch Zufluchtsorte von Ukrainern schützen.

Wie stehen Sie zu den Waffenlieferungen westlicher Länder an die Ukraine?

Ich bin der Meinung, dass wir die weitere Militarisierung des Konflikts nicht verstärken sollten. Wenn wir Waffen schicken, ist das die Botschaft, die wir aussenden.

Aber was ist die Alternative?

Wir brauchen mehr solche Aktionen wie den Besuch der drei osteuropäischen Regierungschefs in Kiew. Wir könnten Menschen entsenden, die Zeugen der Verbrennen werden können, die von Russland begangen werden. Wir können Finanzmittel, Schulungen und andere Ressourcen bereitstellen, um den Ukrainern zu helfen, ihre Fähigkeiten zu massenhaftem zivilem Ungehorsam und gewaltfreiem Widerstand auszubauen.

Was halten Sie davon, in Reaktion auf den Ukrainekrieg für 100 Milliarden Euro das Bundeswehr aufzurüsten?

Selbst wenn nur 1 Prozent dieser Milliarden für Bemühungen zur Unterstützung des friedlichen Widerstands und diplomatischer Lösungen eingesetzt würde, wäre das effektiver. Ich glaube nicht, dass es klug ist, massiv in militärische Mittel zu investieren.

Nur gegen die Nato ist nicht genug

Die diesjährigen Ostermarsche ringen um eine Antwort auf die brutale Realität des Ukrainekriegs

Von Pascal Beucker

Steil dir vor, es ist Krieg – und die Friedensbewegung weiß nicht so genau, gegen wen sie protestieren soll. Die diesjährigen Ostermarsche stehen ganz unter dem Eindruck des russischen Überfalls auf die Ukraine. Doch in den Aufrufen zu den mehr als 120 Demonstrationen, Kundgebungen, Mahnwachen, Fahrradkorso und Friedensgebeten, die bis Ostermontag quer durch die Republik geplant sind, findet sich keine einheitliche Haltung zum Ukrainekrieg. Eindeutigen Verurteilungen der Invasion in zahlreichen Aufrufen stehen merkwürdig ambivalente Formulierungen in anderen gegenüber.

„An Oster gehen wir für die sofortige Beendigung des völkerrechtswidrigen brutalen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine auf die Straße“, schreiben die Organisator:innen des Saarbrücker Ostermarsches. Befürwortet werden „gezielte Sanktionen, die Oligarchen, kapitalistische Großunternehmen und die Finanzeliten des Krieges in Russland treffen“. Die Ostermarschier:innen in Ulm halten auch „weitreichende wirtschaftliche Sanktionen für gerechtfertigt“.

Dem Osnabrücker Aufruf ist der Ukrainekrieg demgegenüber nicht einmal eine eigenständige Erwähnung wert. Dort heißt es nur ganz allgemein: „Jeder Krieg bringt Elend, Blutvergießen und Tod über die Menschen. Alle Kriege müssen beendet werden!“ Die Friedenskoordination Berlin adressiert ihre Forderung nach einer Beendigung des Kriegs in der Ukraine wiederum an den Angreifer wie den Angeriffenen: „Dazu braucht es den Willen Russlands und der Ukraine, Verhandlungen mit Kommissionsbereitschaft von beiden Seiten aus zu führen, die vermutlicherweise eine neutrale Ukraine zur Folge haben müssten.“ Auch hier sucht man eine Verurteilung des russischen Aggressors vergebens. Nur konsequent, dass dann nicht nur Waffenlieferungen an die Ukraine, sondern auch jegliche Sanktionen gegen Russland abgelehnt werden.

Die russischen Bomben haben auch alte Gewissensfresser zerstört: Bloß gegen die Nato zu sein, das reicht nicht mehr. Das uneinheitliche Bild zeigt indes, wie schwer es der ohnehin schon lange kriselnden Friedensbewegung fällt, eine Antwort auf die brutale Realität des Ukrainekriegs zu finden. Einig sind sich alle Ostermarschveranstalter:innen nur in der Ablehnung des 100 Milliarden Euro schweren „Sondervermögens“ zur Aufrüstung der Bundeswehr und der Erhöhung der deutschen Militärausgaben auf mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Infos zu den diesjährigen Ostermarschen finden sich beim Bonner Netzwerk Friedenskooperative

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserem Genossen, Kollegen, Ratgeber und Freund

Jürgen Reents

Ende der 70er Jahre gehörte Jürgen Reents zu den Mitbegründern der Grünen, für die er als Abgeordneter im Bundestag saß. 1990 verließ er die Grünen und wurde Pressesprecher der PDS-Gruppe, später der PDS-Fraktion im gesamtdeutschen Bundestag. Von 1999 bis 2012 war Jürgen Chefredakteur des *Neuen Deutschland*.

Am 7. April starb er im Alter von 72 Jahren an den Folgen einer langen, unheilbaren Erkrankung.

Jürgen Reents war einer der klügsten und aufrichtigsten politischen Menschen. Er wird fehlen – seiner Familie, seinen Freunden, der gesamten politischen Linken.

Amira Mohamed Ali Dietmar Bartsch Jan Korte für die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Gregor Gysi Christa Luft